



VN INTERVIEW. Bundespräsident Heinz Fischer über den Zustand der Bundesregierung, Reformbedarf und die Wehrpflicht

„Ein Berufsheer wäre teurer“

Bundespräsident Fischer hält an der Wehrpflicht fest und distanziert sich von den Plänen von Darabos.

Herr Bundespräsident, Sie haben die Bundesregierung in der Neujahrsansprache zu entschlossenen Reformen aufgerufen. Außer Streit über die Wehrpflicht hat es bisher aber nichts gegeben.

FISCHER: So ist es nicht. Ich hatte kürzlich ein langes Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler und er ist zuversichtlich, dass im ersten Halbjahr 2011 noch eine Reihe von Themen einer Lösung zugeführt werden können - im Bildungsbereich, bei der Sicherheitsdoktrin, im Gesundheits- und Spitalswesen etc. Das sollte man nicht aus den Augen verlieren, wenn über die kontroverielle Frage Wehrpflicht/Bundesheer diskutiert wird.

Sehen Sie Argumente für ein Abgehen von der Wehrpflicht?

FISCHER: Die Wehrpflicht steht in der Verfassung und ich sehe keine Notwendig-

keit, davon abzugehen. Es gibt vielmehr gute Argumente für die Wehrpflicht. Ich habe nichts gegen eine sachliche Diskussion über die bestmögliche Modernisierung unseres Bundesheeres einzuwenden, aber leichtfertig aufgeben sollte man die Wehrpflicht nicht.

Der Verteidigungsminister will die Wehrpflicht bereits 2012, 2013 abschaffen. Ist das überstürzt?

FISCHER: Wie viel Zeit für eine allfällige Umstellung notwendig wäre, wird davon abhängen, ob es überhaupt zu einem Umstellungsprozess kommt und in welche Richtung er geht. Aber die Strukturen unserer Landesverteidigung, die sich über Jahrzehnte entwickelt haben, sollte man nicht hastig und überstürzt verändern, das muss gut vorbereitet sein. Und das weiß der Verteidigungsminister. Und auch wenn es zu einer Volksbefragung käme, ist deren Ergebnis ziemlich offen.

Was spricht denn noch für die Beibehaltung der Wehrpflicht?

FISCHER: Ich sage nicht, dass die Wehrpflicht das einzig akzeptable Modell für unsere Landesverteidigung ist. Genau so wenig kann man das von einem Berufsheer behaupten. Daher ist es so wichtig, dass man das nicht als parteipolitisches Streitthema betrachtet, sondern sachlich diskutiert. Was meines Erachtens nicht ausgeklammert werden darf, ist erstens: Es gibt viele Hinweise, dass ein Berufsheer letzten Endes teurer sein wür-



Der Bundespräsident im VN-Interview: SPÖ und ÖVP sollten es nicht auf die Spitze treiben. FOTO: SABINA LOACKER

de. Zweitens: Die Frage, ob sich genügend Freiwillige melden, kann nur mit Schätzungen beantwortet werden. Drittens: Ich unterschätze nicht die integrative Funktion der Wehrpflicht - junge Österreicher aus den verschiedensten sozialen Schichten dienen einem gemeinsamen Ziel, nämlich dem Schutz unserer demokratischen Republik. Ich bin überhaupt der Meinung, dass der Gedanke, dass wir als Staatsbürger Rechte, aber auch Pflichten haben, wichtig ist. Wenn man die Frage stellt, ob es nicht bequemer wäre ohne Wehrpflicht, könnte man auch fragen, ob es nicht auch bequemer wäre ohne Steuerpflicht und ohne andere Pflichten. Wenn wir alle Pflichten ablehnen und alle Rechte haben wollen, werden wir längerfristig nicht in der besten aller Welten leben. Ich strebe nicht nach den populistischen Entscheidungen, sondern nach den langfristig besten Entscheidungen.

Agiert die SPÖ-Regierung nur auf Zuruf der „Krone“?

FISCHER: Ich habe eine klare Linie. Ich überlege mir sehr genau, was ich sage. Dafür kann ich das in der Regel auch über Jahre hinweg aufrechterhalten. Natürlich darf man klüger werden, aber sicher nicht auf Zuruf von Medien. Wie das andere handhaben, kann ich nicht beantworten. Ich bin mit mir im Reinen in Bezug auf Medien. Gegen Medienkampagnen muss man jedenfalls immun sein.

Schmerzt es Sie, dass Sie in dieser Zeitung als „roter Heinz“ bezeichnet werden?

FISCHER: Nein.

Die Regierung hat folgenden Plan: Wenn es zur Wehrpflicht-Frage keine Einigung gibt, soll es eine Volksbefragung geben.

FISCHER: Meine Empfehlung lautet, mit größtmöglichem Verantwortungsbewusstsein und einem Minimum an Prestigedenken um eine gemeinsame Lösung bemüht zu sein.

SPÖ und ÖVP sollten es nicht auf die Spitze treiben?

FISCHER: Sehr richtig. Das Instrument der Volksbefragung ist ein legitimes Instrument der Willensbildung. Ich glaube aber, dass es in einer so sensiblen Sicherheitsfrage wie der der Wehrpflicht eine Lösung geben sollte, die von möglichst allen Parteien, zumindest aber von den Regierungsparteien in gleicher Weise getragen werden kann; das wäre sehr wichtig und wertvoll. Wenn man unbedingt auch eine plebiszitäre Komponente haben will, dann könnte man über eine gemeinsam gefundene Lösung eine Volksabstimmung machen.

Sind Sie irritiert darüber, dass man im Zuge der Wehrpflichtdebatte nun auch über eine Abschaffung der Neutralität und einen NATO-Beitritt spricht?

FISCHER: Meine Position zur Neutralität ist völlig eindeutig: Ich bin für die Beibehaltung der Neutralität. Ich glaube, dass das im Interesse des Landes ist. Und mit der Beibehaltung der Neutralität ist eine NATO-Mitgliedschaft nicht vereinbar. Das ist klar. Ich gehe davon aus, dass dies in der Regierung weiterhin gemeinsame Position ist.

Zurück zu den großen Reformen: Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

FISCHER: Die finanzielle Stabilität des Staatshaushaltes, eingebettet in die europäische Wirtschaftssituation ist momentan ein Hauptthema. Das umschließt auch Fragen wie die langfristige Absicherung des Pensionssystems. Punkt zwei: Österreich muss sich mehr anstrengen, um den Kyoto-Zielen gerecht zu werden, und die ge-

troffenen Vereinbarungen zum Thema Klimawandel einhalten. Das dritte Thema ist das Bildungssystem: Wir brauchen eine signifikante Weiterentwicklung, weil das eine Versicherung für die Zukunft ist. Und wenn wir in diesen Bereichen seriös und erfolgreich arbeiten, werden wir auch gegen Politik- und Politikerverdrossenheit erfolgreich sein.

Begrüßen Sie das Bildungs-Volksbegehren? Oder ist es ein Armutszeugnis für die Regierung, dass „Altpolitiker“ wie Androsch offenbar Druck ausüben müssen?

FISCHER: Wir sollten das umgekehrt betrachten: Das Volksbegehren ist eine willkommene Unterstützung für die beiden Ministerinnen Schmid und Karl, die sich sehr engagieren, zum Teil aber mit einer dicken Schicht an eingefahrenen Denkmustern zu kämpfen haben.

Werden Sie unterschreiben?

FISCHER: Bundespräsidenten haben nie Volksbegehren oder Petitionen unterschrieben. Und ich werde voraussichtlich daran festhalten.

Zur Überwindung des Reformstaus gibt es zahlreiche Vorschläge: Alle Wahlen könnten zusammgelegt werden. Nationalratspräsidentin Pramfer fordert, dass sich der Nationalrat nicht mehr „vorzeitig“ auflösen können sollte.

FISCHER: Die Frage, ob der Nationalrat die Möglichkeit verlieren soll, sich selbst aufzulösen, sollen die Parlamentarier selbst entscheiden. Und die neun Landtage zu zwingen, immer an ein und demselben Termin zu wählen, wird wahrscheinlich nicht deren Zustimmung finden. Und gegen die Landtage sollte man das nicht beschließen. **VN-JOH, MISF**

„Gegen die Landtage sollte man das nicht beschließen.“

HEINZ FISCHER



Bundespräsident Heinz Fischer: Man könnte auch fragen, ob es ohne Steuerpflicht bequemer wäre. FOTO: SABINA LOACKER